

gen sowie die neuen Unternehmen und Start-ups zu unterstützen, damit sie hier Games, interaktives Fernsehen, Bildungs- und Entertainmentangebote erfolgreich starten können.

Dazu trägt auch die Arbeit der Film- und Medienstiftung bei, die selbstverständlich heute noch 70 % ihrer Mittel in die Filmförderung gibt. Das waren im vergangenen Jahr immerhin 30,5 Millionen €. Sie stellt aber darüber hinaus inzwischen schon Hunderttausende zur Verfügung, um im weiteren Bereich der digitalen Medien Förderungen vornehmen zu können.

Unverzichtbar ist in der Tat das Medienforum. Herr Nückel, ich kann Ihnen heute mitteilen: Am 5. Juni 2013 wird erneut das Medienforum stattfinden, und es werden sich sicherlich wieder zahlreiche Fachexperten aus dem In- und Ausland treffen, um sich dort auszutauschen und neue Initiativen in den Medienmarkt zu geben.

Herr Präsident, erlauben Sie mir, zum Abschluss dieser Debatte noch ein kleines Resümee zu ziehen. Ich habe aus dieser Debatte die Schlussfolgerung gezogen, dass es über alle richtigen und wichtigen Dissenspunkte hinaus, die wir haben, eine Bereitschaft gibt, heute das Haushaltsgesetz 2012 zu verabschieden. Das tut den Leistungsempfängerinnen und -empfängern im Lande gut, das tut dem Ansehen unserer Arbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern gut, und – viel wichtiger – das ist notwendig für eine gedeihliche Entwicklung unseres schönen Landes Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um eine Minute überzogen. Ich teile das mit, mir liegen aber keine weiteren Wortmeldungen vor. – Damit ist auch die Beratung zum Teilbereich Medien abgeschlossen. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1202** die unveränderte Annahme des Einzelplans 02. Zu diesem ist für alle Teilbereiche der heutigen Beratung Einzelabstimmung von der Fraktion der Piraten beantragt worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt jetzt fünf Abstimmungen. Wir haben viermal eine Einzelabstimmung zu den einzelnen Teilbereichen des Einzelplans 02, und wir führen danach eine Gesamtabstimmung durch.

Wir kommen nun zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem

nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Landesplanung“**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen** worden.

Wir kommen drittens zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Europa und Eine Welt“**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen** worden.

Ich rufe viertens die Einzelabstimmung für den **Teilbereich „Medien“** des Einzelplanes 02 auf. Wer kann dem seine Zustimmung geben? – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Teilbereich mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten **angenommen**.

Ich rufe nunmehr auf die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 02. Wer dem Einzelplan 02 seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Einzelplan 02 hat eine Mehrheit mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten gefunden. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1202 angenommen** und der **Einzelplan 02** heute **verabschiedet** worden.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk**

und zwar zunächst den

**Teilbereich
Wirtschaft, Industrie,
Mittelstand und Handwerk**

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1214 zum Einzelplan 14.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Wüst von der CDU-Fraktion das Wort.

(Beifall von der CDU)

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, Herr Präsident, zunächst einen Hinweis, den ich jetzt eigentlich dem Falschen gebe. Mir ist heute aufgefallen, dass mehrere Kollegen ihre Jungferrede gehalten haben, ohne dass darauf vorher hingewiesen wurde. Ich fand das früher einen schönen Brauch. Vielleicht kann man es in den nächsten Sitzungen, wenn es dann noch erste Reden gibt, wieder so handhaben, wie das früher der Fall war.

(Allgemeiner Beifall)

Nun zur Sache: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zunächst ein ehrlich gemeintes Kompliment an die Fraktionen von SPD und Grünen. Sie haben gestern bis in den späten Abend die Mehrheit garantiert. Ich finde, dafür sollten Sie von der Landesregierung ein bisschen mehr Respekt verlangen. Etwas mehr Selbstbewusstsein der die Regierung tragenden Fraktionen täte dem ganzen Haus gut. Ende November den Haushalt eines Jahres zu beschließen, tritt die Königsrechte des Parlaments mit Füßen. Etwas mehr Selbstbewusstsein Ihrerseits in dieser Hinsicht täte dem ganzen Parlament gut.

Die Debatte ist also mehr eine Rückschau auf das wirtschaftspolitische Jahr 2012, geprägt vom Wechsel im Amt. Der Ruhesessel der Jahre 2010 bis 2012 soll vergessen gemacht werden. Nach Stationen in Brüssel, Berlin und Hannover können wir hier jetzt Herrn Duin begrüßen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Wüst, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Priggen zulassen?

Hendrik Wüst (CDU): Sehr gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Priggen, bitte sehr.

Reiner Priggen (GRÜNE): Danke schön, Herr Kollege Wüst. – Herr Kollege Wüst, einmal angenommen, bei der Landtagswahl im Mai hätte die CDU die absolute Mehrheit erreicht und Sie wären im Juli Finanzminister geworden, wann hätten Sie den Haushalt eingereicht und wann wäre er verabschiedet worden?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Hendrik Wüst (CDU): Ich kann Ihnen sagen, Herr Priggen, ich hätte in jedem Fall einen ausgeglichenen Haushalt eingereicht.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Herr Minister Duin, ich will Sie auch in diesem Plenum noch einmal herzlich willkommen heißen. Das, was wir von Ihnen in den letzten Wochen gehört haben, vermag zu gefallen, und es soll wohl auch Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk in Nordrhein-Westfalen gefallen. Die Haushaltsdebatte ist allerdings auch immer Anlass, in die Details zu gehen. Obwohl in den letzten zwei Jahren keine Impulse aus Ihrem neuen Hause gekommen sind, sind die Personalkosten im Vergleich zu 2010 um 3 Millionen € gestiegen. Die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen wird bis heute üppig verwaltet, nicht mehr.

Verwaltungskosten gibt es auch bei dem wesentlichen Punkt, nämlich bei den Ziel-2-, bei den EFRE-Mitteln. Sie sind um 2,5 Millionen € gestiegen, obwohl bereits Mitte 2011 das Vergabeverfahren ausgesetzt wurde. In der Sache gibt es einen Stillstand bei steigenden Kosten. Sie kennen alle die Binsenweisheit, dass Stillstand immer Rückschritt bedeutet. Deswegen haben all jene, die in der Wirtschaftspolitik keine positiven Akzente setzen, die letzten Jahre weidlich ausgenutzt.

Ich hätte es, Herr Minister Duin, als Affront angesehen, in der ersten Kabinettsitzung gleich das Klimaschutzgesetz vor den Latz geknallt zu kriegen. Dieses vergiftete Begrüßungsgeschenk von Herrn Remmel hängt Ihnen jetzt an.

(Beifall von der CDU)

Sie hätten es jedenfalls nicht klaglos hinnehmen sollen. Kein anderes Politikfeld eignet sich so wenig für Kirchturmdenken wie der Klimaschutz. Deswegen ist dieses Klimaschutzgesetz zum Scheitern verurteilt.

Wenn Sie ein wenig den Rhein hinaufschauen, dann sehen Sie in Neuss-Norf die Aluminiumproduktion. Daimler Benz hat angekündigt, bei jedem Modellwechsel jedes Auto um 100 kg leichter zu machen. Das geht nicht ohne moderne Verbundstoffe oder eben Aluminium. Es wird also in Deutschland auch in Zukunft der energieintensive Grundstoff Aluminium verbaut werden.

Das Klimaschutzgesetz, das Sie hingenommen haben, führt dazu, dass es immer schwieriger wird, diesen Grundstoff Aluminium hier herzustellen. Er wird in Zukunft aus Indien und China importiert werden, wo nicht nur mehr Energie aufgewendet werden muss, weil die dortigen Anlagen nicht auf dem hiesigen Niveau sind, sondern auch die Energie viel schmutziger hergestellt wird.

(Beifall von der CDU)

Wir riskieren also Arbeitsplätze bei uns in Nordrhein-Westfalen, und der Klimaschutz hat nichts davon, unter Umständen zahlt er sogar drauf.

Mit diesem Klimaschutzgesetz hat Herr Remmel alles in die Hand bekommen, um die Deindustrialisierung voranzutreiben, obwohl wir alle wissen, dass gerade die Industrie eine der starken Säulen in der Krise in den letzten Monaten und Jahren war. Da passt Handeln und Reden nicht zusammen.

(Beifall von der CDU)

Das Gleiche ist zum Thema „Handwerk“ zu sagen. Das Handwerk war die zweite starke Säule in der Krise.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ganz Europa schaut auf uns – gerade die Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit –, sieht sich das duale Ausbildungssystem im Handwerk an. Die Spanier schicken uns junge Leute zur Ausbildung. Erste Pilotprojekte sind dazu angelaufen. Und was passiert bei uns? – Seit 2004, seit der Clement'schen Novelle, hat sich die Zahl der Betriebsleiter im Handwerk ohne Meisterbrief verdoppelt. Die Folgen davon werden wir erst in einigen Jahren absehen können. Aber wir sollten uns schon heute mit diesem Thema auseinandersetzen, weil aus Europa wieder der Versuch gemacht wird, an dieses gute System heranzugehen.

Herr Minister Duin, ich fordere Sie auf: Nehmen Sie sich dieses Thema noch einmal vor. Ich habe Ihnen mit einer Kleinen Anfrage Gelegenheit gegeben, das zu tun. Sie ist ziemlich barsch abgetan worden. Ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten könnten.

(Beifall von der CDU)

In Kurzform: Herr Minister, Ihre ersten Auftritte sind von Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk mit Sympathie aufgenommen worden. Die ersten Ergebnisse führen allerdings dazu, dass ich sagen muss: Der erste Lack ist schon ab. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte unsere sozialdemokratische Wirtschaftspolitik einmal kurz mit drei Begriffen umreißen: ökonomisch leistungsfähig, ökologisch verträglich und sozial gerecht. Das ist der Dreiklang, der die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik charakterisiert. Nur ein ausbalanciertes Verhältnis aller drei Maximen garantiert nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Die derzeitige Konjunkturlage kann als noch zufriedenstellend bezeichnet werden, wenn auch nicht übersehen werden darf, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise insgesamt längst nicht als überwunden angesehen werden kann. So ist zwar das Niveau von 2005/2006 wieder erreicht worden, aber noch nicht der Wert von Anfang 2008. Die kürzlich veröffentlichten neuesten Konjunkturzahlen, die bundesweit auf ein abgeschwächtes Wachstum hindeuten, unterstreichen die zurückhaltende Entwicklung noch einmal.

Umso mehr Bedeutung erhält das wirtschaftspolitische Instrumentarium, was seinen Ausdruck im vorliegenden Haushalt findet. Im Gegensatz zum wirtschaftsliberalen Laissez-faire wollen wir Impulse setzen, die der Realwirtschaft neue Wachstumschancen eröffnen und bestehende zukunftsträchtige Strukturen unterstützen – angefangen bei Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, aus denen sich neue Cluster entwickeln können. Sie tragen zur technologischen Weiterentwicklung bei und bedürfen der Unterstützung des Landes.

Ein wesentlicher Faktor für das im Vergleich zu anderen gute Abschneiden bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise ist unser ausgeprägter Mittelstand. Ja, Herr Wüst, den Mittelstand haben wir auch im Fokus – den Mittelstand, der das Fundament unseres Erfolges darstellt. Mit dem jetzt vorliegenden Mittelstandsgesetz zeigt unsere Landesregierung, welche Bedeutung sie dem Mittelstand beimisst.

Die kürzlich durchgeführte Anhörung zum Gesetzentwurf zeichnete sich durch nahezu einhellige Zustimmung aus. Die Presseveröffentlichungen der Opposition dagegen waren bemerkenswert. Man konnte fast den Eindruck haben, dass Sie bei einer anderen Veranstaltung waren. Aber vielleicht wollten Sie nur verdrängen, dass dieses Gesetz fast unisono begrüßt wurde.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die klar definierten Förderziele unterstreichen noch einmal die Bedeutung des Mittelstandes im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Der Mittelstand bildet mit seinem 99%igen Anteil am Gesamtunternehmensbestand das Fundament unserer Wirtschaft. Er trägt weitgehend die Lasten der Ausbildung von Fachkräften und beschäftigt einen Großteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Hier gilt es, die vielfach vorhandenen Potenziale der KMU bezüglich Forschung und Entwicklung zu heben und zu unterstützen. Aus diesem Grunde sind fördernde und damit auch steuernde Landesprogramme unverzichtbar.

Mit der auf viel Zustimmung gestoßenen Clearingstelle soll den oft beschworenen Reibungsverlusten im Zusammenwirken von öffentlicher Verwaltung und Mittelstand Rechnung getragen werden. Es handelt sich gewissermaßen um eine permanente

Evaluation von Verwaltungsabläufen mit dem Ziel, sie optimal an die Bedürfnisse der Betroffenen anzupassen.

KMU, mittelständische Industrie und Großindustrie bilden das wirtschaftliche Profil unseres Landes. Dabei stellen Mittelstand und Industrie keineswegs Gegensätze dar. Dessen sind wir uns bewusst und bekennen uns ganz klar zum Industriestandort NRW. Hier ist die industrielle Herzkammer Deutschlands.

Diese Industrieregion unterliegt einem bis heute nicht beendeten Strukturwandel, der durch gezieltes politisches Handeln begleitet und gestaltet werden muss. Dabei müssen sowohl Produktentwicklung als auch Anpassung der Produktionsverfahren in den Fokus genommen werden. Innovationen zu unterstützen und neue Marktchancen zu ermöglichen, ist eine Aufgabe nachhaltiger Wirtschaftspolitik. Ressourcen effizient einzusetzen und technologischen Fortschritt zu generieren, ist eine andere Aufgabe zukunftsorientierter Wirtschaftspolitik.

Im vorliegenden Haushalt ist dies genau nachgezeichnet. Er zeichnet sich durch einen perspektivisch verantwortlichen, an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes orientierten Einsatz von Fördermitteln aus.

Dies gilt auch für den Einsatz der Regionalisierungsmittel des Bundes und der EFRE-Mittel. Dort läuft im Jahre 2013 die laufende Förderperiode aus. Die nächste Förderperiode ab 2014 wird weiteren Erfolg zeigen.

Der heute zur Debatte stehende und bereits fast abgearbeitete Haushaltsplan 2012 zeichnet sich aus durch einen gut ausbalancierten Einsatz der Haushaltsmittel zur Förderung von Strukturwandel, wo es erforderlich ist, zur Stärkung, wo sie geboten ist, und zum Setzen von Impulsen, wo Zukunftsstrategien dies sinnvoll erscheinen lassen. Es ist also ein Haushaltsplan, der Perspektiven eröffnet. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Kollegin Müller-Witt. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne und anderswo! Sehr geehrter Herr Minister, ich hatte inzwischen bei zahlreichen unterschiedlichen Anlässen Gelegenheit, Ihnen zuzuhören – zuletzt noch im Ausschuss anlässlich Ihrer sogenannten kleinen Regierungserklärung.

Ich wiederhole gerne meinen schon mehrfach geäußerten Eindruck: Die großen Linien, die Sie vor-

tragen, und die Überschriften Ihrer Politik bewerten wir als FDP-Fraktion durchaus positiv.

Aber ich will nicht verhehlen – das muss ich auch wiederholen –, dass sich dieser Eindruck aufgrund des konkreten Regierungshandelns bisher leider nicht bestätigt. Ich möchte das an drei kurzen Beispielen verdeutlichen, die Sie gerne auch immer wieder selber nennen und die ich in dem Zusammenhang für sehr plakativ halte.

Sie benennen die Industrie als wesentliches Fundament unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Da haben Sie die FDP an Ihrer Seite. Aber ich füge hinzu: Wenn diese Regierung – das war bereits bei der Minderheitsregierung der Fall – durch eine überflüssige Umweltgesetzgebung, durch das jetzt vorliegende Klimaschutzgesetz, das ja durchaus auch von Ihnen nahe stehenden und uns gar nicht so nahe stehenden Gruppen kritisiert wird, durch diese Politik dieses an sich richtige Ziel konterkariert, wenn sie durch die Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts, durch die geplante Kiesabgabe und Ähnliches vor allem die Industrie in unserem Bundesland, in Deutschland, in Europa und in der Welt mit Wettbewerbsnachteilen ausstattet, die nicht einmal zum Nutzen der Umwelt sind, dann, Herr Minister – es ist schon angeklungen –, werden Sie dabei nicht die Unterstützung der FDP-Fraktion bekommen können.

(Beifall von der FDP)

Ich nenne als zweiten Punkt die Position zu Mittelstand und Handwerk – eine Position, die uns als FDP sehr wichtig ist und bei der wir grundsätzlich gerne zur Unterstützung bereitstünden. Wenn aber als eine der ersten Handlungen in der letzten Legislaturperiode durch die rot-grüne Minderheitsregierung das Gemeindefortschrittsrecht nachteilig für den Mittelstand revidiert worden ist, wenn Beschränkungen für den Einzelhandel durch eine völlig überflüssige Restriktion der Ladenöffnungszeiten angedacht werden, nach denen niemand gerufen hat, wenn Bürokratie vor allem kleine Betriebe und das Handwerk, etwa durch das Tariftreue- und Vergabegesetz, belastet, wenn dann auch noch ein Nichtraucherschutzgesetz ohne verantwortbare Ausnahmen für selbstverantwortliche Erwachsene einen Teil der Gastronomen bedroht, wenn schließlich die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zum Nachteil von Freiberuflern und Familienunternehmen oder eine gegen die Tourismusbranche gerichtete Bettensteuer eingeführt werden, dann sehen wir in all diesen Punkten, so leid es uns tut, keine positiven Aspekte für Mittelstand und Handwerk, Herr Minister.

(Beifall von der FDP)

Dagegen stellen Sie nur ein Mittelstandsgesetz, das – es sei mir verziehen – zwar positiv im ersten Schritt von vielen Verbänden angenommen worden ist, bei dem aber auch negativ dargelegt worden ist,

was alles noch fehlt in diesem Gesetz und wie unkonkret es in vielen Punkten noch ist. Wir haben große Zweifel, dass vor dem Hintergrund des Vorgenannten dieses Gesetz wirklich positiv für den Mittelstand wirken kann. Wir werden es sehr genau beobachten.

(Beifall von der FDP)

Diese Politik können wir bisher jedenfalls nicht stützen.

Ich möchte schließlich ein Zitat von Ihnen, Herr Duin, in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses zum Anlass nehmen, einen dritten wichtigen Punkt aufzurufen. Sie haben gesagt, Berlin und Brüssel dürften sich nicht von den Finanzmärkten länger treiben lassen. – Da bin ich durchaus bei Ihnen. Aber dann hätten Sie im Kabinett, Herr Minister, diesem Haushalt nicht zustimmen dürfen. Denn dieser Haushalt ist insgesamt ein Schuldenhaushalt ohne erkennbare Bereitschaft zur perspektivischen Entschuldung. Sie lassen sich doch immer weiter treiben. Das schafft kein Vertrauen in den Finanz- und Wirtschaftsplatz Nordrhein-Westfalen. Gerade in diesen Zeiten und nach den Erfahrungen der Finanzkrise – das muss man doch sagen – dürfen wir diese bestehende Verschuldung nicht ignorieren und durch neue Schulden diese Lage nicht sogar noch verschlimmern und vertiefen. Das entzieht dem Wirtschaftsstandort viel stärker die Grundlage, als man sie durch Imagekampagnen oder gelungene Slogans wiederherstellen könnte.

Die beste Visitenkarte für einen nachhaltig verlässlichen Wirtschaftsstandort ist eine solide Haushaltspolitik, ist ein Staat, der seine Stärke daraus zieht, sich auf die wirklich wichtigen Themen für die wirklich hilfsbedürftigen Menschen zu konzentrieren.

Dazu, Herr Minister, passt ein weiteres Zitat des Abgeordneten Garrelt Duin im Deutschen Bundestag vom 21. Januar 2010. Da haben Sie gesagt – ich glaube, das können wir als FDP durchaus unterschreiben –:

„Auch ich will keinen fetten, selbstgerechten, die Menschen bevormundenden oder ihre Freiheit beschränkenden Staat, jedoch einen handlungsfähigen und – ich füge hinzu – auch einen von den Bürgerinnen und Bürgern anerkannten Staat, also einen Staat, der seine Reputation nicht aufs Spiel setzt.“

(Beifall von der FDP)

Diesem Ziel, Herr Minister, können wir uns ohne Weiteres anschließen. Sie werden dieses Ziel aber nicht erreichen, wenn Sie weiterhin nur ein wirtschaftsfreundliches Aushängeschild eines insgesamt wirtschaftsunfreundlichen, die Menschen bevormundenden oder eben ihre Freiheit beschränkenden Regierungshandelns sind. Für dieses Regierungshandeln können Sie, zumindest bisher,

nicht die Zustimmung einer echten liberalen Fraktion erwarten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der FDP: Bravo!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bombis. – Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen spricht nun Frau Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren jetzt den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums. Das ist natürlich immer auch die Stunde der Opposition, die zu einer Generalabrechnung einlädt. Sie müsste allerdings in der Sache doch ein bisschen fundierter sein als das, was jetzt an rhetorischen Floskeln vorgetragen worden ist.

(Lebhafter Widerspruch von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Wahrscheinlich leisten Sie das jetzt!)

Herr Wüst, Sie haben hier ein düsteres Bild des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen gezeichnet. Die Daten und Fakten geben aber ein völlig anderes Bild her. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein starker Wirtschaftsstandort in der Bundesrepublik und in Europa; Nordrhein-Westfalen ist auch relativ gut durch die Krise gekommen. Es gab schwierige Phasen hier, gerade für die Mittelständler, aber wir sind in der Summe als Bundesland gut durch die Krise gekommen. Das ist die Aufstellung zum jetzigen Zeitpunkt. Mit der muss man sich auseinandersetzen. Wenn man sich dann so hinstellt wie Sie eben, Herr Wüst, und ein Bild zu zeichnen versucht, als ob der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen im Kern bedroht sei, dann wird man den Zukunftsaufgaben nicht gerecht.

Das, was Sie eben vorgetragen haben, gerade in Ihren Ausführungen zum Klimaschutzgesetz, ist im Grunde genommen ein Plädoyer auch für Strukturkonservatismus. Ich glaube, man kommt auch wirtschaftspolitisch in diesem Land überhaupt nicht weiter, wenn man sich an überkommenen Strukturen festklammert und versucht, sie in Beton zu meißen; denn man steigt niemals zweimal in denselben Fluss.

Gerade ein Wirtschaftsland, das sich innovativ aufstellen will, das für die Zukunft vorsorgen will und auch dafür Sorge tragen will, dass die Aufgaben Energieeffizienz und Innovation so in Angriff genommen werden, dass wir international konkurrenzfähig sind, ein solches Land muss notwendig und zwingend schauen, wo die Effizienzpotenziale sind. Das Klimaschutzgesetz wird für dieses Land nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch wirtschaftlich einen Vorteil bringen. Da bin ich ganz sicher.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Darauf ist mehrfach hingewiesen worden: Es hat starke kleine und mittlere Unternehmen, die in der Krise dafür gesorgt haben, dass wir als Land Kurs gehalten haben.

Das Mittelstandsgesetz trägt dem auch Rechnung. Es tut mir sehr leid, Herr Bombis, aber es ist anders, als Sie eben beschrieben haben. Die mittelständischen Unternehmen haben gesagt: Herzlichen Dank dafür, dass wir in einen so hervorragenden Beratungsprozess einbezogen worden sind. Sie sind von Anfang an in diesem Prozess der Entwicklung des Gesetzes mitgenommen worden.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Es war ein dialogorientiertes Verfahren. Das ist auch eine der Linien der Politik der Landesregierung. Insofern sind die Rückmeldungen aus den Unternehmen komplett andere, als Sie sie darstellen.

Es ist so eine Art Wunschvorstellung der FDP, dass sie sich an der Seite der kleinen und mittleren Unternehmen aufstellt. Wenn Sie aber ein bisschen mehr das Gespräch suchen würden, würden Sie, glaube ich, auch an der Stelle hören, dass sehr viel Lob in Richtung des Wirtschaftsministeriums für den Prozess insgesamt vorhanden ist. Das gilt übrigens auch für das Gesetz an sich, weil der Mittelstand das begreift als Angebot der Landesregierung, gemeinsam diesen schwierigen Prozess wirtschaftspolitischer Weiterentwicklung des Landes miteinander zu gehen.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Es macht keinen Sinn, diese Regierung als mittelstandsfeindlich darzustellen. Es macht übrigens auch keinen Sinn, hier noch einmal das Ladenöffnungsgesetz als Ausweis von Mittelstandsfeindlichkeit zu zitieren. Wir hatten heute Morgen – ich weiß gar nicht, ob Sie dabei waren – ein Gespräch mit dem Einzelhandelsverband. Der Einzelhandelsverband hat gesagt: Das ist eine Reform mit Augenmaß, die Sie da planen.

(Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist eine Reform, mit der der Einzelhandel gut leben kann. Und am Sonntagsschutz hat der Einzelhandel auch ein Interesse. Es tut mir leid, es geht leider in die Irre.

(Unruhe)

Die Aufregung können wir vielleicht gleich unterbringen. – Ich möchte einen Punkt nennen, der hier nicht genannt worden ist. Wir haben einen enormen Fachkräftebedarf in Nordrhein-Westfalen. Das ist in der Tat eine der großen Herausforderungen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Darum ist es gut, dass das Land seine Bildungspolitik auch darauf ausgerichtet hat, mehr in der Spitze und mehr in der Breite zu fördern, dafür zu sorgen, dass die gut ausgebildeten, qualifizierten Fachkräfte in

diesem Land für die Unternehmen zur Verfügung stehen. Denn das ist eine Ressource, die sie absolut dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass die Konturen in diesem Haushalt richtig gesetzt sind. Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt als Land der kleinen und mittelständischen Unternehmen und als zukunftsfähiger Industriestandort. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die Fraktion der Piraten spricht nun Herr Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe noch ausharrende Abgeordnete! Wenn man in einem Auto geradewegs auf eine Wand zurast, dann ist weitere Beschleunigung nicht besonders hilfreich. Exakt so verhält es sich mit ständig steigendem Wachstum bei begrenzten Ressourcen.

Wir Piraten unterstützen eine Wirtschaftspolitik, die sich an Nachhaltigkeit orientiert, statt an quantitativem Wachstum. Entsprechend sollten wir das BIP als alleinigen Wohlstandindikator hinter uns lassen. Wirtschaftsförderung darf nicht nur das pure Wirtschaftswachstum, sondern muss Nachhaltigkeit und den Nutzen der Wirtschaft für alle Menschen fördern.

Leider ist die Wirtschaftsförderung in diesem Land undurchsichtig gestaltet. Der diesbezügliche Haushalt fließt überwiegend in Institute, Stiftungen und landeseigene Betriebe, die die Wirtschaftsförderung konkret betreiben sollen. Die Verwendung dieses Geldes muss man sich mühsam zusammensammeln aus diversen Veröffentlichungen dieser Stellen mit höchst unterschiedlicher Qualität und Aussagekraft. Über die angewendeten Kriterien und über den Erfolg von Wirtschaftsförderung ist wenig bekannt.

Wir Piraten fordern, dass für alle Stellen, die solche staatlichen Aufgaben wahrnehmen, dieselben hohen Anforderungen an Transparenz und Partizipation gelten müssen wie für den Staat selbst. Für den kommenden Haushalt erwarten wir entsprechend deutlich klarere Informationen in offenen Formaten. Legen Sie alle Daten offen!

(Beifall von den PIRATEN)

Die Gestaltung des Haushalts für das Wirtschaftsministerium ist alles andere als transparent. Es gibt einen Posten mit dem Namen „Tourismus und Kreativwirtschaft“, für den immerhin 2,3 Millionen € vorgesehen sind. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass hiervon nur rund 375.000 € in die Kreativwirtschaft fließen. Für jede Person, die in der Kreativwirtschaft beschäftigt ist, gibt die Regierung

damit im Jahr ungefähr 1 € aus. Das ist natürlich viel zu wenig.

Ich frage mich, warum Sie diese Ausgaben für die Kreativwirtschaft mit denen für Tourismus vermischen. Solche Verschleierungsaktionen tragen nicht zur Klarheit des Haushaltes bei.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Regierung hat für das laufende Jahr 150.000 € für die Clearingstelle Mittelstand eingeplant, die im Rahmen des Mittelstandsförderungsgesetzes eingerichtet werden soll. Doch das Mittelstandsförderungsgesetz ist noch gar nicht verabschiedet.

Laut Aussage des Ministers wird die Clearingstelle nicht vor 2013 ihre Arbeit aufnehmen. Warum planen Sie dann bereits in diesem Haushalt Geld dafür ein? Wir Piraten haben im Haushalts- und Finanzausschuss einen Antrag eingereicht, um diesen überflüssigen Posten zu streichen.

Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen haben diesen Antrag ohne jede Begründung abgelehnt. Genauso sind Sie übrigens mit allen anderen Anträgen zum Haushalt umgegangen. Vermutlich haben Sie sie nicht einmal gelesen. So viel zu Ihrer vorgeblichen Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit.

Im Grunde ist es aber müßig, über einen Haushalt zu debattieren, der schon zu 90 % verfrühstückt ist. Denn der Haushaltsentwurf wurde von der Regierung spät vorgelegt. Die Ausgaben für 2012 wurden längst getätigt. Wenn wir hier heute diskutieren, ist es in Wirklichkeit eine Scheindebatte. Die Regierung hat längst Fakten geschaffen und das Geld so verteilt, wie sie es für richtig hält. Das Parlament hat zum jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeiten mehr, steuernd einzugreifen.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Die Regierungsfractionen tragen dieses Handeln der Regierung durch ihre Zustimmung mit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Priggen?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ich habe noch zwei Sätze, dann bin ich fertig.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann möchten Sie die Frage zulassen?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ja, dann lasse ich die Frage zu.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass der Haushalt des nächsten Jahres auch zu spät vorgelegt werden wird. Das Parlament in NRW hatte noch nie so wenig zu sagen wie heute. Diese Haushaltsdebatte ist nur noch die Simulation von Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Priggen, Ihre Zwischenfrage. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Kollege, schönen Dank für die Gelegenheit, die Frage zu stellen. Ich überlege einfach ganz nüchtern: Sie sind durch die Neuwahl in den Landtag gekommen.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ja.

Reiner Priggen (GRÜNE): Angenommen, Sie wären im Juli Finanzminister geworden. Sie hätten dann mit Ihrem Haus den Haushalt aufstellen müssen. Das ist ein Arbeitsverfahren, das, wenn es eingearbeitet ist und gut läuft, zwei Monate dauert. Dann hätten Sie den Haushalt allerfrühestens Ende September in den Landtag einbringen können. Dann hätte er in die Ausschüsse gehen müssen.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Frage!)

Sie haben kritisiert, dass das undemokratisch, intransparent und sonst was ist. Meine Frage ist nun: Wie hätten Sie es denn bei diesen Abläufen schneller gemacht? Oder wollen Sie das nicht doch ein Stück zurücknehmen, weil es von den Abläufen her – selbst bei aller Anstrengung, ohne Sommerpause – objektiv gar nicht anders gegangen wäre?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Mir fehlt die Frage, ich weiß nicht, worauf ich antworten soll.

Reiner Priggen (GRÜNE): Das ist meine Frage: Wie hätten Sie es anders gemacht? Wie hätten Sie es geschafft? Oder müssten Sie nicht zugeben, dass das gar nicht anders gegangen wäre, auch wenn Sie sich angestrengt hätten?

Vizepräsident Oliver Keymis: Eine Frage, Herr Kollege Priggen! Die ist gestellt. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben die Möglichkeit, zu antworten.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Es ist etwas schwierig, da jetzt die Frage herauszufinden.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Aber Ihnen ist ja klar: Dieses Jahr ist nicht vom Himmel gefallen. Es war ja schon in 2010 bekannt,

dass es ein Jahr 2011 geben würde. Und 2011 ist bekannt, dass es ein Jahr 2012 geben wird.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Es ist auch nicht so, als hätten Sie nicht gewusst, dass Sie einen Haushalt aufzustellen haben; denn Sie waren ja bereits vorher in der Regierung.

(Daniela Schneckenburger [GRÜNE]: Schon mal was von Wahlen gehört?)

Der fällt nicht vom Himmel, den hätten Sie einreichen können. Sie ziehen sich so oft darauf zurück, dass Sie den Haushalt im Prinzip nicht groß verändert haben. Wo also ist das Problem gewesen, ihn unmittelbar nach der Konstituierung einzubringen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Schwerd, es gibt noch eine zweite Zwischenfrage. Würden Sie die noch zulassen im Rahmen Ihrer verbliebenen Redezeit?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ja sicher, wir haben ja sonst nichts weiter zu tun.

Vizepräsident Oliver Keymis: Der Herr Kollege Schmelzter stellt die Frage. Bitte schön.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Kollege Schwerd, unter Bezugnahme auf die Zeitabläufe, die der Kollege Priggen versucht hat Ihnen darzulegen – das haben Sie ja ganz offensichtlich nicht nachvollziehen können –, haben Sie darauf hingewiesen, dass der Haushalt spät vorgelegt wurde. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass dieser Haushalt bereits zu Anfang dieses Jahres beraten wurde und dass Sie, wenn er denn verabschiedet worden wäre, heute nicht in der Lage wären, zu diesem Haushalt zu reden?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ja, da kamen nur dummerweise diese Wahlen dazwischen.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Warum denn?)

Das sehe ich auch ein. Aber wenn Sie sagen: „Der Haushalt lag doch schon vor“, warum haben Sie ihn nicht unmittelbar nach der Konstituierung eingebracht?

(Marc Herter [SPD]: Weil das gesetzlich nicht zulässig ist!)

– Na so was!

(Rainer Schmelzter [SPD]: Sie sollten sich mal mit den parlamentarischen Gepflogenheiten auseinandersetzen!)

– Und Sie sollten mal überlegen, ob Ihnen das immer so gefällt, sich als Regierungsfaktionen entmündigen zu lassen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Als nächster Redner ist angekündigt und nach unserer Geschäftsordnung auch so vorgesehen der Landesminister für die zuständigen Fragen. Herr Wirtschaftsminister Duin, bitte schön.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Vielen Dank für die Beiträge, die die Vorredner hier geleistet haben. Ich denke, das ist in der Tat der Moment, noch einmal kurz auf die wirtschaftliche Lage in Europa, in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen zu gucken und festzustellen, dass sie angesichts der Umwälzungen und der Gefahren, die insbesondere im Euroraum lauern oder sich auch schon realisiert haben, erstaunlich stabil geblieben ist.

Das ist zum einen der Weitsicht von Unternehmen zu danken

(Beifall von Thomas Kufen [CDU])

und zum anderen dem Fleiß und der Flexibilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nämlich diesen schwierigen Situationen, die wir in den letzten Jahren hatten und die es auch jetzt gibt, entsprechend entgegengetreten sind. – Das ist der erste Punkt. Das hat gar nichts damit zu tun, was wir hier im Haushalt an Initiativen machen, sondern das passiert in den Unternehmen selbst.

Wir haben jetzt eine Prognose, die im Grunde eine Seitwärtsbewegung darstellt. Deswegen müssen wir in Nordrhein-Westfalen vorausschauende Politik machen, eben auch im Bereich der Wirtschaft. Und das ist meines Erachtens durch diesen Haushalt sehr, sehr deutlich unterlegt.

Im Mittelpunkt stehen dabei fünf Punkte. Auf andere, die in der Debatte bisher eine Rolle gespielt haben, insbesondere, Herr Wüst, das Thema „Aluminium“ und Ähnliches, kommen wir sicherlich gleich in der zweiten Runde, wenn es um das Thema „Energie“ geht, zu sprechen. Ich will fünf Punkte nennen, die im Haushalt im Mittelpunkt stehen.

Erstens: Handwerk. 186.000 Betriebe haben wir im Handwerk in Nordrhein-Westfalen mit über 1,1 Millionen Arbeitsplätzen. Die politische Basis, um das Handwerk zu unterstützen, ist die Handwerksinitiative, die wir auch nicht – wie uns das oft vorgeworfen wird – irgendwo in Hinterzimmern, in irgendeinem Ministerium oder in einer Landtagsfraktion entworfen haben, sondern die wir gemeinsam mit dem Handwerk auf den Weg gebracht haben. Wir werden das mit einem Fortschrittsplan entsprechend weiterentwickeln.

Ich will auf einen Teil, der ganz zentral ist und der in diesem Haushalt eine wichtige Funktion hat, hinweisen: Das ist die Meistergründungsprämie. Wir geben im Jahre 2012 für diesen Bereich 6 Millionen € aus. Ich werde am Samstag in Köln die 15.000ste Meistergründungsprämie quasi symbolisch durch eine Urkunde überreichen. Durch die Meistergründungsprämie werden in Nordrhein-Westfalen 75.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Deswegen ist das Geld, das wir für die Meistergründungsprämie in die Hand nehmen, hervorragend angelegtes Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus gibt es für das Handwerk eine Förderung von fast 3 Millionen €: für die Beratung und für die Institution.

Der zweite Schwerpunkt ist der Mittelstand. Das kann ich an dieser Stelle etwas kürzer machen, weil auf das Mittelstandsförderungsgesetz hier schon von vielen Rednern hingewiesen wurde. Klar ist – das bitte ich die Opposition zur Kenntnis zu nehmen –, dass in der Anhörung eine ganz deutliche Zustimmung zu den Eckpunkten des Mittelstandsförderungsgesetzes zum Ausdruck gebracht wurde.

Der dritte Punkt, der im Haushalt zentral und mir auch ein ganz persönliches Anliegen ist – das wissen die, mit denen ich jetzt schon öfter gemeinsam Veranstaltungen gemacht habe –, ist das Thema „Gründungen“. Da gibt es die Kampagne „Wir machen Gründer groß“, mit der wir Gründerinnen und Gründern symbolisch ein Denkmal gesetzt haben. Gerade in der Landeshauptstadt steht zum Abschluss dieser Kampagne eine junge Frau – sie hat sich vor drei Jahren selbstständig gemacht, Design studiert, ist aber auch gelernte Schneiderin und hat den Weg in die Selbstständigkeit gemacht – stellvertretend für die Menschen, die sich trauen, in die Selbstständigkeit hineinzugehen.

Mit Beratung schaffen es rund 80 % der Menschen, die in die Selbstständigkeit gehen, ein erfolgreiches Geschäftsmodell zu entwickeln. Ohne Beratung scheitert die Hälfte. Das zeigt, dass wir mit dem Geld, das wir ausgeben, auch für die Unterstützung der STARTERCENTER NRW, auf dem richtigen Weg sind. Ob das Handwerker sind, ob das Kreative sind, ob das Akademiker sind – wer auch immer sich auf diesen Weg macht, braucht die Unterstützung durch die Politik. Wir müssen ihnen Mut machen, sich selbstständig zu machen, und wir müssen Ihnen das Handwerkszeug zur Verfügung geben. Denn: Die Geschäftsidee ist oft da. Aber wie man mit Banken, mit Behörden und all diesen Dingen umgeht, das ist bei ihnen oft nicht ganz so ausgeprägt. Deswegen leisten die STARTERCENTER eine wichtige Arbeit.

Wir bauen weiter Hemmnisse ab – auch das findet sich im Haushalt wieder –, indem wir den Formularserver NRW ausbauen und damit echtes E-

Government für Gründungen ins Leben setzen, so dass wirklich alles online erledigt werden kann. Genau das kommt in Gesprächen mit jungen Gründerinnen und Gründern immer wieder zum Ausdruck.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Abschließend zwei Punkte – gestern stand viel in den Zeitungen, und auch heute in den Debatten wurde viel darüber gesprochen, dass Geld für Kampagnen usw. ausgegeben wird –: Die Mittel, die das Wirtschaftsministerium dafür zur Verfügung stellt, sind zu einem überwiegenden Teil in der Geschäftsstelle „Dialog schafft Zukunft“ angelegt.

Wir haben diese Geschäftsstelle nicht einfach so gegründet, damit wir Hochglanzbroschüren auf den Markt bringen können, sondern es geht darum, vor Ort Akzeptanz, Verständnis und einen wirklichen Dialog für Großvorhaben und Investitionen zu schaffen. Die Geschäftsstelle legt noch in diesem Monat einen richtigen Werkzeugkasten vor. Da wird erfolgreich gearbeitet, damit wir die Dinge im Sinne des Standortes Nordrhein-Westfalen umsetzen können und sie nicht an Skepsis und Widerständen scheitern. Hier wird etwas auf den Tisch gelegt, das Kommunen und Unternehmen in die Lage versetzt, den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe zu führen. Das ist sinnvoll investiertes Geld.

(Beifall von der SPD)

Last, but not least zum Schwerpunkt Außenwirtschaft: Wir geben fast 4 Millionen € für die Außenwirtschaftsförderung aus, 1,76 Millionen € für Leitmessens im Inland und fast 12 Millionen € für das Standortmarketing. Dass darüber vonseiten der Opposition nicht weiter gesprochen wird, dass auch das richtig und gut investiertes Geld im Haushalt des Wirtschaftsministeriums ist, finde ich schon bedenklich.

Denn wir müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, nicht über Hochglanzbroschüren und in Überschriften zu reden, sondern wir müssen unterfüttert Werbung für den Standort NRW machen. Wir sollten ihn nicht schlechtreden. Deswegen sollten wir uns verabreden, den Standort NRW nach außen so attraktiv wie möglich zu gestalten, damit möglichst viele Investitionen in diesem Land getätigt werden und möglichst viele Menschen gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen finden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um knapp zwei Minuten überzogen. Gleichwohl liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass ich die Debatte zum Teilbereich Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Einzelplans 14 schließen kann.

Ich rufe im Anschluss auf:

Teilbereich Energie

Ich eröffne die Debatte und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Kufen für die CDU-Fraktion das Wort.

Thomas Kufen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer auf den Tribünenplätzen! Herr Minister, Sie sind neu in Nordrhein-Westfalen. Sicherlich haben Sie schon einmal genauso werbend über ein anderes Bundesland gesprochen. Ich will Ihnen aber durchaus zugestehen und attestieren, dass Sie als Wirtschaftsminister gerade sehr glaubwürdig für Nordrhein-Westfalen geworben haben.

Vor gut einem Jahr, als der Haushalt 2012 kurz vor Weihnachten 2011 zum ersten Mal eingebracht wurde, haben Sie gewiss nicht daran gedacht, dass Sie an dieser Stelle stehen würden – ich übrigens auch nicht. Das verbindet uns. Sie waren gerade ein Jahr zuvor als Landesvorsitzender der SPD in Niedersachsen zurückgetreten. Heute sind Sie Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen.

Mit Blick auf den Einzelplan, den wir jetzt beraten, muss ich allerdings feststellen, dass der Titel „Energeminister“ sehr spärlich vertreten ist. Energiepolitik wird eben nicht nur in Ihrem Hause gemacht, sondern auch über die Landesplanung in der Staatskanzlei und vor allen Dingen – das immer mehr – im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

Herr Minister, stolz wie Bolle haben Sie im Wirtschaftsausschuss erzählt, dass die Zusammenarbeit mit Minister Rimmel prima klappe, anders als wir das immer vermutet hätten. Ich habe den Eindruck, die Arbeitsteilung zwischen Ihnen und Herrn Minister Rimmel klappt deshalb so besonders gut, weil Sie die Interviews machen und Herr Rimmel die Verordnungen. Ich weiß nicht, ob das auf Dauer gut geht. Ich weiß auch noch nicht, ob eine andere Arbeitsteilung für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen am Ende nicht besser wäre. Dafür kennen wir uns noch zu wenig.

Mit Blick auf den Energieetat kann ich nur feststellen, dass weder der Haushalt noch die Struktur, so wie die Landesregierung das Thema „Energiewende“ stemmen will, der großen Herausforderung gerecht werden. Da werden Sie nacharbeiten müssen.

Die Energiewende ist die größte wirtschaftspolitische Herausforderung, vor der wir seit dem Wiederaufbau stehen, und eine große umweltpolitische Herausforderung. Das Gelingen der Energiewende ist wichtig, weil sie Chancen bietet, wirtschaftlichen Erfolg und Umweltschutz vernünftig miteinander zu verbinden. Umweltschutz und Klimaschutz haben dann eine Chance, wenn die Wirtschaft nicht abge-

würgt wird. Die Wirtschaft braucht eine funktionierende und stabile Umwelt. Mit dem Gelingen der Energiewende können wir zeigen, dass Klimaschutz funktionieren kann. Auch die CDU nimmt das Klimaproblem ernst.

Das Gelingen der Energiewende ist die Voraussetzung dafür, dass wir zukünftig im globalen Wettbewerb bestehen und den Treiber für die Zukunftsmärkte, die Umweltwirtschaft, nutzen können. Dazu brauchen wir aber auch weniger Planwirtschaft und mehr Marktwirtschaft, damit wir den Innovationsdruck gerade in dem Bereich weiter aufrechterhalten.

Deshalb wäre es gerade für Nordrhein-Westfalen als Industrie- und Energieland Nummer eins töricht, wenn wir einen Keil zwischen die braune Industrie, die Old Economy, und die grüne Industrie, die Green Economy, treiben würden. Am Ende brauchen wir beide.

Klassisch fallen Ihnen zum Thema „Energiewende“ immer zwei Worte ein: Klimaschutzgesetz und Masterplan. Lassen Sie mich darauf eingehen, Herr Minister.

Das Klimaschutzgesetz – das ist die gedrängte Erkenntnis aus der Anhörung – ist am Ende verfassungsrechtlich bedenklich, die CO₂-Reduzierung fraglich, und die Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen, solange wir den Klimaschutzplan nicht kennen, sind gar nicht kalkulierbar. Genau das ist die Insellösung, die Sie von anderen Bundesländern nicht wollen. Deshalb haben Sie einen falschen Weg eingeschlagen.

Meine Erfahrung ist: Masterpläne fordern immer diejenigen, die selber keinen Plan haben. Es kann bei der Energiewende auch keinen Masterplan geben, weil es keine Blaupause gibt. Wir wollen mit echter Pionierarbeit beginnen, auch weil es in den nächsten Jahren technische Sprünge geben muss. Wir setzen gerade darauf, dass engagierte Ingenieurinnen und Ingenieure an dieser Frage mitwirken und es nicht Politikern oder Ideologen überlassen, wie wir die Energiewende stemmen. In dieser Hinsicht also können wir uns bisher nirgendwo etwas anschauen.

Herr Minister, Sie aber fordern wacker den Masterplan. In der Juli-Ausgabe des Magazins „FOCUS“ konnte man noch lesen: „Wer ein Drittel des deutschen Stroms produziert, muss den Anspruch haben, für ganz Deutschland einen Masterplan zu entwickeln, ...“ „Duin will keine Insellösungen“, sondern den großen Wurf!

Herr Minister, die „Westfälischen Nachrichten“ fragen Sie ein paar Tage später: Wie sieht der konkrete Masterplan aus? – Duin sagt:

„Wir müssen zwei Dinge tun. Zum einen müssen wir festlegen, was wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen ...“

Als Zweites müssen wir es endlich schaffen, dass wir uns nicht lange an einzelnen Baustellen festkämpfen wie bei der Solarförderung, sondern müssen die Dinge zusammen sehen und die Wechselwirkungen der Einzelentscheidungen betrachten. Diese Mühe hat sich bisher niemand gemacht, darum habe ich diese Aufgabe früh in meinem Ministerium angestoßen. Zum Herbst werden wir ... Eckpunkte sehen.“

Herr Minister, wo sind diese Eckpunkte? Wo ist denn der „Masterplan NRW“? Sie erkennen: Sie springen zu kurz.

Wir stehen zur Energiewende und im Interesse Nordrhein-Westfalens zum Erfolg der „Energiewende made in Germany“.

Keine Frage: Dazu brauchen wir mehr Koordination zwischen dem Bund und den Ländern, zwischen den Ländern untereinander und übrigens auch mehr Koordinierung zwischen dem Land und seinen Kommunen, Herr Minister. Dort ist übrigens Ihr weißer Fleck. Denn dazu haben Sie bisher noch nichts geliefert.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Thomas Kufen (CDU): Das will ich gerne tun. – Ich denke, wir haben noch viel Gelegenheit, über dieses Thema zu sprechen.

Mein letzter Punkt ist etwas, was im Zusammenhang mit der Energiewende viele Bürgerinnen und Bürger interessiert: Alles muss bezahlbar sein – für Verbraucher und Unternehmen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, ich habe ...

Thomas Kufen (CDU): Das sichert Akzeptanz und Versorgungssicherheit. Darüber wollen wir weiter mit Ihnen diskutieren. – Herr Präsident, vielen Dank, dass ich mein Schlusswort noch vortragen durfte.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Ich erteile für die SPD-Fraktion nunmehr das Wort Herrn Abgeordneten van den Berg. Bitte schön.

Guido van den Berg (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Energiewende ist ein Begriff, der die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land bewegt. Das ist schon erwähnt worden. Dieser Begriff ist neu und hat die Gewichte verschoben.

Neben dem Thema „Klimaschutz“ sind in die Debatte deutlicher die Aspekte „Versorgungssicherheit“ und „Energiepreise“ hineingestoßen. Das begrüßen wir außerordentlich. Wir in NRW können aus dieser Energiewende etwas Gutes machen und dieses Wort zu einem richtigen Kompetenzbegriff weiterentwickeln.

Ich habe vor ein paar Tagen mit NRW.INVEST gesprochen, deren Vertreter mir berichtet haben, wie sie in der Region Fukushima unterwegs sind und es ihnen dort gelingt, mit dem Begriff „Energiewende“ als Marke aufzutreten und für technologische Lösungen aus Nordrhein-Westfalen zu werben, für Know-how aus Nordrhein-Westfalen und für das, wir bei uns entwickeln, um die Energiewende zu gestalten. Das ist eine riesige Chance für unser Land, die wir nutzen sollten.

(Beifall von der SPD)

NRW ist ein klassisches Industrieland, ein klassisches Energieland, der größte Kraftwerksstandort in Deutschland, der größte Stromlieferant. Nordrhein-Westfalen ist aber auch Ideenschmiede. Bei uns werden neue Prozesse und neue Produkte entwickelt. Hier gibt es Forschungseinrichtungen. Hier können wir mit dieser Energiewende etwas gestalten. Wir müssen das Selbstverständnis dafür entwickeln, Ausrüster und Know-how-Geber für viele Teile der Welt zu sein, die auch Energiehunger haben – etwa wegen des Bevölkerungswachstums und ähnlicher Dinge.

Meine Damen und Herren, ich habe dem Kollegen Kufen eben aufmerksam zugehört. Ein bisschen vermisst habe ich, dass man dann, wenn man über Versäumnisse spricht oder Sachen einfordert, auch auf die Brüche der Vergangenheit eingehen muss, die damit zusammenhängen.

(Beifall von Dietmar Bell [SPD])

Das Problem der Energiewende, meine Damen und Herren, hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir in diesem Bereich ein Hü und Hott hatten. Es war Ihre Regierung in Berlin, die die Laufzeitverlängerungen 2010 für Schrottmeiler auf den Weg gebracht hat, anschließend dann aber zurückgesprungen ist. Ich will zwar nicht die Historie aufarbeiten, aber dennoch einen Punkt deutlich herausarbeiten: Wenn wir über Versorgungssicherheit sprechen und vor allen Dingen darüber, dass Industrie Planbarkeit braucht, dann dürfen wir nicht eine Politik nach dem Motto „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ machen. Das aber ist passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ich will einen Begriff des Ministers aufgreifen, der davon gesprochen hat, dass wir einen „Masterplan Energie“ benötigen. Das hat er abgegrenzt von der Planwirtschaft; um Planwirtschaft geht es nicht, so der Minister ganz klar. Das ist entscheidend.

Wir müssen jetzt zusehen, dass wir die Dinge zueinander bringen, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern gemeinsam mit den anderen Bundesländern und dem Bund.

Das bedeutet: Wir brauchen stabilitätssichernde Mechanismen im Erzeugungsbereich. Es muss uns aber darüber hinaus gelingen, Unternehmen dazu zu bringen, in dieses System abschaltbare Lasten einzubringen.

Wir brauchen intelligente Netze. Das ist ebenfalls angeklungen. Wir brauchen diese Netze eben nicht nur für die großen Trassen, sondern wir brauchen sie ebenso für die Produktion vor Ort in den dortigen Verteilnetzen, weil sich dieser Energiemarkt gerade vor Ort verändert.

Unser Ziel – das sage ich von dieser Stelle aus für die Sozialdemokraten sehr deutlich – ist, dass Energiewende weiter nicht nur als ein Förderprogramm für Häuslebesitzer begriffen wird, sondern auch die Mieter in Nordrhein-Westfalen können davon profitieren können. Das aber setzt voraus, dass es uns gelingt, moderne Steuerungstechniken in die Haushalte zu bringen und örtliche Netze zu ertüchtigen. Das gehört dazu.

Und – auch das haben Sie vergessen –: Die Kommunen spielen eine Rolle.

(Thomas Kufen [CDU]: Die habe ich doch genannt!)

Zum § 107 haben Sie nichts gesagt. Sie hätten erklären können, dass es eine Fehlentscheidung der nordrhein-westfälischen CDU war, sich dort gegen die Entwicklung zu stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Thomas Kufen [CDU])

– Ich glaube es nicht, Herr Kufen! – Herr Kufen, wenn wir uns jetzt mit dem Thema „EEG“ beschäftigen wollen, hilft es uns nicht weiter, so zu tun, als wären Extrempositionen eine Lösung für die ganze Geschichte. Es muss uns vielmehr gelingen, das EEG zukunftsfest zu machen, sprich: Speichertechnologien zu integrieren, Mitnahmeeffekte zu verhindern und Standort für energieintensive Industrie zu bleiben, meine Damen und Herren. Das ist der Wille der SPD-Fraktion.

Herr Präsident, obwohl meine Redezeitanzeige schon blinkt, will ich noch einen Punkt anbringen: Bei einem vollständigen Umbau in Richtung erneuerbarer Energien ist wichtig, dass wir für eine Strecke auch noch die konventionellen und fossilen Energieträger brauchen werden. Wir werden in Nordrhein-Westfalen auch auf die Braunkohle setzen müssen, um diese Energiewende zu gestalten. Wir werden genehmigte Abbaugelände fortsetzen müssen. Wir werden aber den Strukturwandel in dieser Region auch vorantreiben müssen. Dafür sind wir mit der „Innovationsregion Rheinisches Re-

vier“ unterwegs und nehmen gerade das erzeugende Unternehmen in die Pflicht.

Der wichtigste Punkt zum Schluss: Auch Strom, der nicht gebraucht wird, spart Kosten. Wenn Strom teurer wird, der Verbrauch aber sinkt, bleibt die Stromrechnung gleich. Deswegen muss auch über Energieeffizienz gesprochen werden. Das ist die beste Energiequelle. Denn Wind und Sonne schicken uns keine Rechnung.

Die Energieversorgungsunternehmen stehen vor der Herausforderung, zu erkennen, dass sie in diesem Land nicht mehr nur Energieversorger sind, sondern Dienstleister werden müssen, um erfolgreich auf dem Markt zu bestehen.

Das ist eine große Herausforderung. Wir packen sie in diesem Haushalt, in diesem Einzelplan an, und ich empfehle Ihnen die Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. Das war Ihre erste Rede im Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen. Dazu darf ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Schon sind wir beim nächsten Redner. Ich erteile Herrn Kollegen Brockes für die FDP-Fraktion das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Ich bin gespannt!)

Wir diskutieren gerade den Bereich Energiepolitik des Haushaltsentwurfs als eigenständigen Teilbereich. So zu verfahren, begrüße ich ausdrücklich. Denn die Energiepolitik ist für Nordrhein-Westfalen ein zentrales Thema.

Die Umsetzung der Energiewende stellt uns vor große Herausforderungen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle aufgerufen sind, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Deshalb haben wir als FDP-Fraktion auch den Antrag „Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten – Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen übernehmen“ ins parlamentarische Verfahren eingebracht. Morgen wird der Antrag offiziell auf der Tagesordnung stehen.

In der aktuellen Diskussion muss wieder stärker ins Bewusstsein kommen, dass die Energiepolitik gleichgewichtig auf drei Säulen ruht: Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung. In den letzten Jahren hatte man nämlich den Eindruck, dass man einseitig nur auf den Klimaschutz achtet.

Aber wir wissen alle: Auch ein einbeiniger Melkschmel kann alleine nicht stehen, sondern benötigt zusätzlich zwei gesunde Füße der Bäuerin oder des Bauern, weil er ansonsten umkippt. Genauso ist es auch in der Energiepolitik. Um Akzeptanz für die Energiewende zu erhalten, dürfen weder Stromkosten aufgrund von volkswirtschaftlich ineffizienten Investitionen ausufern noch Engpässe bei der Stromversorgung auftreten.

Für die Versorgungssicherheit bedeutet das: Solange wir die Frage der Stromspeicherung nicht zufriedenstellend gelöst haben, können wir auf neue und flexible Kohle- und Gaskraftwerke nicht verzichten.

(Beifall von der FDP)

Herr van den Berg, da sind wir sehr nahe beieinander. – Ich sehe aber kein Anzeichen dafür, dass die Landesregierung die Rahmenbedingungen für den Bau neuer Kraftwerke, die wir spätestens Ende dieses Jahrzehnts benötigen, tatsächlich verbessert. Herr Minister Duin hat zwar öffentlich erklärt, dass die Energiewende vom Neubau hochmoderner Kraftwerke wie Datteln 4 und Grevenbroich-Neurath abhängt, aber während Frau Ministerpräsidentin Kraft bei der Einweihung des weltweit modernsten Braunkohlekraftwerks in Neurath die Notwendigkeit klimafreundlicher Kraftwerke betont, bleibt ihr grüner Koalitionspartner der Feierstunde bewusst fern und reiht sich in die kleine Protestgruppe vor dem Kraftwerkszaun ein.

(Beifall von der FDP)

Unterschiedlicher können die Positionen gar nicht sein.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Welche Position sich dabei durchsetzt, das sehen wir leider bei den gerade laufenden Beratungen zum Klimaschutzgesetz, was eben bereits angesprochen wurde.

Ich komme zu bezahlbaren Strompreisen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien auf Basis des EEGs führt dazu, dass ein täglich größerer Anteil der Stromerzeugung nicht mehr dem Marktgeschehen ausgesetzt ist. Nicht soziale Marktwirtschaft, nicht Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, sondern der Gesetzgeber durch garantierte Vergütungssätze – und das über einen Zeitraum von 20 Jahren. Das ist der Systemfehler bei der Förderung der Erneuerbaren, der die Stromkosten für die Bürgerinnen und Bürger nach oben treibt.

Es hilft auch nicht, von diesem Dilemma abzulenken, indem Frau Kollegin Brems und die Herren Trittin und Priggen von den Grünen die Befreiung von der EEG-Umlage in den Vordergrund rücken, sie als Kostentreiber anprangern und dabei auch noch Beispiele bringen, die von der EEG-Umlage ausgenommen sind. Frau Kollegin Brems, Ihr Kollege Trittin hat sich da korrigiert. Aber Sie haben sich von Ihren falschen Beispielen noch nicht distanziert.

(Beifall von der FDP)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das bei Ihnen auf Unkenntnis basiert. Ich glaube eher, Sie haben bewusst versucht, Falschinformationen zu streuen.

Lassen Sie mich das kurz weiter ausführen. Das EEG ist inzwischen mit über 4.000 Vergütungskategorien extrem aus dem Ruder gelaufen. Wir haben uns geradezu verheddert und den Blick auf das große Ganze verloren. Das müssen wir ändern.

Wir dürfen auch nicht 16 Energiewenden in 16 Bundesländern machen plus eine Energiewende der Bundesregierung. Wir müssen einheitlich gemeinsam handeln. Herr Minister Duin, Sie betonen das zu Recht. Wenn dann anschließend Ihr grüner Kollege Rimmel aber wieder bekundet, Nordrhein-Westfalen halte an seinen Ausbauzielen fest, ist das nicht der richtige Weg einer gemeinsamen Politik.

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, dass viele Punkte unseres Antrags mit den Ausführungen des Energieministers übereinstimmen. In Wirklichkeit wird jedoch die Energiepolitik in dieser Landesregierung leider durch die falschen Positionen des Umweltministers vorgegeben, und das muss sich ändern. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Kohle hat Nordrhein-Westfalen zu dem gemacht, was es heute ist. Was ist die Konsequenz daraus? Weiterhin auf das, und zwar ausschließlich auf das setzen, was einen groß und stark gemacht hat, es beibehalten, um weiterhin stark zu bleiben?

In der Wirtschaft gibt es genügend Beispiele, dass genau das nicht immer das Richtige ist. Ich finde, ein besonders eindrucksvolles ist die Firma Kodak. Über Jahrzehnte war sie Technologieführer. Dann hat diese Firma die Entwicklung zur Digitalfotografie komplett verschlafen, die Chance nicht genutzt, sich selbst neu zu erfinden, und ist jetzt insolvent.

Mir zeigt dieses Beispiel zwei Dinge: Man muss mutig sein, sein eigenes Erfolgsmodell auch einmal infrage zu stellen, und es ist wichtig, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Nordrhein-Westfalen muss jetzt die Energiewende anpacken, nicht warten, bis uns andere dabei übernehmen. Wir müssen die positiven Aspekte der erneuerbaren Energien sehen und auch nutzen.

Die erneuerbaren Energien sind die einzigen Energieträger auf unserer Stromrechnung, bei denen alle Kosten dargestellt werden. Es gibt dort keine versteckten Subventionen von Atommüllendlagerung, Steinkohle und vielem mehr, die wir alle mit unseren

Steuern zahlen und die fossilen und nuklearen Energieträger nur günstig erscheinen lassen, obwohl sie es nicht sind.

Es ist klar: Die Preise für die erneuerbaren Energien werden in den nächsten Jahren weiter sinken. Es ist auch klar: Die Preise für die fossilen Energieträger werden weiter steigen. So sorgt die Energiewende in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen für Preisstabilität in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

Nordrhein-Westfalen hat in der Branche „erneuerbare Energien“ mittlerweile mehr als 26.000 Arbeitsplätze und schon einen Umsatz von 8 Milliarden €. Erwartet wird für dieses Jahr ein Umsatz von 8,7 Milliarden €. Es ist ein unglaublicher Wirtschaftsfaktor, den man hier auf keinen Fall unter den Tisch fallen lassen sollte.

Noch ein Punkt zum Thema „Kommunale Wertschöpfung“. Ein Beispiel: Eine Zwei-Megawatt-Windkraftanlage bringt, wenn der Betreiber in der Kommune ansässig ist – und genau dazu verhilft die Landesregierung auch den Kommunen –, in 20 Jahren 1,2 Millionen € Wertschöpfung für die Kommune, und zwar ein einzelnes Windrad.

Nimmt man all diese positiven Aspekte zusammen, haben wir immer noch nicht über den für den Klimaschutz wichtigsten Aspekt gesprochen, die CO₂-Neutralität. Ohne eine konsequente Energiewende bei Strom, Wärme, Verkehr in Nordrhein-Westfalen kann diese aktuelle Bundesregierung ihre Klimaziele absolut vergessen.

Lieber Herr Kufen, ich sehe diese ganzen positiven Aspekte nicht rosarot oder gar ideologisch, sondern als Ingenieurin technisch-pragmatisch. Und ebenso sehe ich die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen wie beispielsweise die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, der wir mit intelligenten Netzen, Speicherungen und dem Netzausbau begegnen müssen, absolut pragmatisch und technisch und absolut lösbar.

Klar ist – darüber sind wir uns, denke ich, alle einig –, dass wir für den Übergang flexible Kraftwerke brauchen. Und da stellt diese Landesregierung auf jeden Fall die richtigen Weichen.

Hier ganz in der Nähe, in Düsseldorf, wird eines der modernsten Gaskraftwerke entstehen. Auch an weiteren Stellen unterstützen wir diese Entwicklung.

Zu den Herausforderungen gehört natürlich auch, dass der Industriestandort und vor allen Dingen die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen natürlich mitgenommen werden müssen. Das schaffen wir aber nicht, lieber Herr Brockes, mit wilden Netzentgeltbefreiungen oder Befreiungen von der EEG-Umlage ohne Sinn und Verstand. Man muss sich vielmehr ganz genau ansehen, welche Firmen wo in welchem Wettbewerb stehen. Welche Firmen sind wirklich energieintensiv? Da muss man ganz

genau hinschauen und darf nicht einfach wild die Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein wichtiger Aspekt – ich habe ihn eben schon genannt –: Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird zur Preisstabilität beitragen und so auch zur langfristigen Preisstabilität für die Industrie in Nordrhein-Westfalen.

Sehr geehrte Damen und Herren, erkennen wir die Zeichen der Zeit! Erfinden wir Nordrhein-Westfalen neu und gestalten so den Strukturwandel aktiv mit und nutzen die Chance, Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft zu einem Erfolgsmodell in Sachen Energie zu machen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Piratenfraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Schmalenbach das Wort.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Wie Sie wissen, bin ich Pirat und begrüße daher auch die Menschen im Stream. Und bevor Sie wieder lachen: Eines habe ich bereits gelernt: Die Reden hier halten wir oft nicht für das Plenum. Denn darin hört oft kaum jemand zu. Ich wundere mich schon sehr, was hier gestern vor sich ging. Ein bisschen habe ich mich mittlerweile zwar daran gewöhnt, dass hier keine Debatte stattfindet, sondern das Plenum vor allem für gegenseitige Anschuldigungen erhalten muss.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, sprechen Sie bitte zur Sache. Wir sind bei den Haushaltsberatungen.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Dass wir aber den Haushalt 2012 im November 2012 in epischer Breite nutzen, um darzustellen, wie unfähig, degeneriert, gedächtnisschwach oder von mir aus wie realitätsverweigernd die jeweils andere Seite ist, kann ich ehrlich gesagt kaum fassen.

Uns wurde mehrfach vorgehalten, dass unsere Anträge zum Haushalt 2012 obsolet seien. Gleichzeitig wird hier aber in einer Verbissenheit argumentiert und beschuldigt, dass man schon die Frage stellen darf, wofür dieses Spektakel hier veranstaltet wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, ich hätte dazu eine dringende Bitte – und dann komme ich auch zum Thema –: Können wir das bitte ändern? Können wir bitte nach vorne schauen und gemeinsam an Lösungen arbeiten? Ich hielte es im Sinne der Bürger und

vor allem im Sinne des Vertrauens, das der Bürger der Politik entgegenbringen sollte, für den deutlich besseren Weg.

(Beifall von den PIRATEN)

In Deutschland stehen wir vor der bemerkenswerten Situation, dass alle Parteien von der Energiewende reden. Hinter dieser vermeintlichen Einigkeit herrscht aber eine große Uneinigkeit, wie die Energiewende bewältigt werden sollte. Denn auch in NRW sind gravierende Zukunftsprobleme zu lösen.

Die Piraten stellen sich ausdrücklich hinter die Ziele der Landesregierung in Bezug auf die Energiewende, den Netzausbau und den Klimaschutz. Dennoch sehen wir noch viel Handlungsbedarf.

Unser erklärtes Ziel für Nordrhein-Westfalen ist es, Monopol- und Oligopolbildungen, die dem Gemeinwohl schaden, durch die Schaffung transparenter Marktstrukturen aufzulösen. Die Folgen kommerzieller Energiegewinnung, ihre wahren Kosten und umweltbelastenden Auswirkungen sollen verpflichtend offen gelegt werden. Direkte oder indirekte Subventionen, die dem Gemeinwohl schaden, müssen abgeschafft werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien das Prinzip der Nachhaltigkeit berücksichtigt und nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen steht. Der Umstieg auf die erneuerbaren Energien soll dabei so weit wie möglich dezentral und unter öffentlicher Kontrolle stattfinden.

Zum Umstieg auf erneuerbare Energien gehört für uns auch eine neutrale Netzgesellschaft, die sich dem Ausbau der erneuerbaren Energien anpasst und nicht umgekehrt.

Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass eine Stärkung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Speichertechnologie stattfinden wird. Dabei sind viele flexible, redundante und kleine Projekte Großprojekten unbedingt vorzuziehen. Ziel muss es sein, eine Vielfalt innovativer lokaler Energieerzeuger aufzubauen. Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, dass die Netze intelligenter werden, wobei Datenschutz und Transparenz gewährleistet werden müssen.

Ein Skandal sind unterdessen die ungerechten Belastungen, die aus der im EEG festgelegten Umlage resultieren. Mit der Umlage finanzieren alle Stromkunden, auch Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, die Energie aus erneuerbaren Quellen. Energiearmut betrifft immer mehr einkommensschwache Haushalte. So gibt es inzwischen 800.000 Haushalte, denen die Stromzufuhr gesperrt wurde. Das ist eine stille soziale Katastrophe.

(Beifall von den PIRATEN)

Für die energieintensive Industrie allerdings gibt es weitgehende Befreiungsregelungen bei der Umlage.

Wir kritisieren hier die harte Grenze, ab der Unternehmen von der EEG-Umlage befreit werden. Dies bietet einen Anreiz, absichtlich mehr Strom zu verbrauchen, nur um über die Berechnungsgrenze zu kommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Würden alle Stromverbraucher an den Energiewendekosten angemessener beteiligt werden, könnte der Strompreis heute eigentlich sinken.

Wir fordern die Landesregierung ausdrücklich auf, sich auch mit finanziellen Mitteln und mit Taten und nicht nur mit Worten dafür einzusetzen. Wenn man mehr Geld ausgeben will, muss man an anderen Stellen sparen. Deshalb haben wir Piraten in unserem Änderungsantrag die Streichung der Mittel für die Stilllegung des Kernkraftwerkes THTR-300 in Hamm-Uentrop gefordert. Für die entstehenden Kosten muss der Betreiber aufkommen und nicht die Allgemeinheit. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Das war auch Ihre erste Rede im Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen. Dazu möchte ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses sehr herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Für die Landesregierung spricht nun der zuständige Minister für Wirtschaft und Energie. Herr Minister Duin, Sie haben das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Eines will ich zu Beginn noch einmal sagen, nämlich dass ich der festen Überzeugung bin, dass wir in Deutschland und eben mit einem entscheidenden Beitrag aus Nordrhein-Westfalen heraus diese Energiewende schaffen können, schaffen werden, weil die technischen Voraussetzungen da sind, die finanziellen Bedingungen da sind, wir das Know-how haben, die Wissenschaftler.

Aber was es auch braucht, ist eine wirkliche Begeisterung für dieses Projekt der Energiewende. Ich hatte nicht den Eindruck, dass in allen Redebeiträgen nicht nur hier im Landtag, sondern auch an anderen Stellen, wo wir diese Debatten haben, diese Begeisterung da ist. Das ist eine Vorreiterrolle, die wir gesellschaftlich gewollt hier einnehmen innerhalb der gesamten Welt. Das müssen wir auch einmal zum Ausdruck bringen. Wir tun immer so, als ob wir hier die mühselig Beladenen sind, und diskutieren immer, was alles so schiefgehen kann. Wir müssen das auch einmal zum Ausdruck bringen.

Ich habe gerade noch einmal die Umfrage, die gestern veröffentlicht worden ist, gesehen. Nach wie vor sagen zwei Drittel der Menschen in der deutschen Bevölkerung, dass sie diesen Weg für richtig halten, der dort eingeschlagen worden ist nach der Katastrophe von Fukushima.

Politik muss sagen: Wir wollen mit Begeisterung dieses Projekt zum Gelingen bringen. Wir reden darüber, wie wir es zur Lösung bringen. Wir blockieren uns nicht auf den verschiedenen Ebenen, was dann am Ende nämlich dazu führen könnte, dass es tatsächlich zu unüberwindbaren Schwierigkeiten kommt.

(Beifall von der SPD)

Auf diesem Weg geht es – das ist gerade schon genannt worden – dahin, dass wir langfristige Planbarkeit und Investitionssicherheit bekommen, weil eben der Staat diese Dinge ja nicht alle selber macht, sondern weil es eine ganze Reihe von Unternehmen gibt, die sich in diesem Bereich auf den Weg gemacht haben.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kufen von der CDU?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Gerne.

Thomas Kufen (CDU): Herr Minister, Sie haben gerade die Umfrage von gestern angesprochen. Würden Sie uns die Freude machen, uns zur Kenntnis zu geben, wie die SPD abschneidet in der Umfrage, was die Garantie für bezahlbare Preise und das Gelingen der Energiewende angeht?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ich habe gesehen, dass es wie bei der Sonntagsfrage auch dort nach wie vor ein Ranking gibt, das Sie vorne sieht, das uns auf Platz 2 sieht. Aber das bezieht sich ja nur auf diejenigen, die es den Parteien überhaupt zutrauen.

Der besorgniserregendste Wert in dieser Umfrage ist, dass, glaube ich, 49 % – korrigieren Sie mich – der Meinung sind, dass die Parteien es nicht hinkriegen.

Deswegen habe ich diesen ersten Punkt gesagt, weil wir zu oft in öffentlichen Debatten den Eindruck erwecken, als wenn es hier nur um gegenseitige Vorwürfe und gegenseitige Blockaden ginge und nicht darum, eine gemeinsame Anstrengung über Partei-, über Ländergrenzen, über Institutionsebenen hinweg auf den Weg zu bringen, damit es in Deutschland eine gelungene Energiewende gibt. Das ist der Punkt, der mir Sorgen macht,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

weswegen ich die Umfrage auch genau gelesen habe.

Ich bin davon überzeugt, dass wir für das Gelingen eine Verabredung brauchen, wer was wann zu tun hat. Wenn die Frage, wer was wann zu tun hat und in welche Richtung diese Dinge gehen sollen, mit einem Wort umschrieben wird, dann sind Sie bei dem Wort „Masterplan“. Deswegen verstehe ich auch nach wie vor nicht, warum Herr Altmaier und viele andere sich immer gegen dieses Wort wehren. Es geht erst einmal darum, zu verabreden, wie wir die nächsten Schritte gehen.

Aus meiner Sicht bzw. aus Sicht der Landesregierung gehört ganz zentral dazu – das ist ganz entscheidend; dazu verweise ich auf die Beschlussfassung aller 16 Ministerpräsidenten bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz –, dass wir uns die Finanzierung der erneuerbaren Energien ansehen. Wir wollen das Ziel der Vollversorgung – das ist auch durch die Rednerinnen und Redner der Koalition heute noch einmal zum Ausdruck gebracht worden – durch erneuerbare Energien erreichen. Auf dem Weg dorthin werden wir aber auch über das Thema der Finanzierung – also über die Reform eines EEGs – ganz offen sprechen müssen. Wir werden darüber reden müssen, wie wir sicherstellen, dass auch weiterhin in konventionelle Kraftwerke investiert wird und diese – das wäre der schlimmste Fall – jetzt nicht auch noch stillgelegt werden.

Kraftwerkparkerneuerung ist ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit. Deswegen ist es völlig richtig, was auch Herr van den Berg gesagt hat, dass wir eine solche Erneuerung des Kraftwerkparks auch in Nordrhein-Westfalen brauchen. Das gehört alles mit zu den Dingen, die wir dabei betrachten müssen.

Lassen Sie mich aber ganz ausdrücklich noch einmal etwas zu den Energieintensiven – weil auch Herr Wüst das in der vorherigen Debatte angesprochen hat – sagen. Es gibt Tatbestände, die dazu führen, dass energieintensiven Industrien Erleichterungen zugestanden werden müssen. Das ist schon unter Rot-Grün in Berlin – und danach fortgesetzt – so verabredet worden. Es gab aber innerhalb der letzten Monate bzw. des letzten Jahres eine Erweiterung dieser Tatbestände, die genau zu der öffentlichen Debatte, die wir jetzt gerade haben, geführt hat. Wenn nämlich Mitnahmeeffekte organisiert werden, wenn es nicht mehr darum geht, dass eine Industrie im internationalen Wettbewerb steht, sondern dass irgendein Rechenzentrum von bestimmten Belastungen befreit werden soll, müssen wir uns das in gemeinsamem Interesse – auch dem der energieintensiven Industrien – genau ansehen. Es geht darum, dass wir etwas für die Bereiche Aluminium, Stahl und Grundstoffchemie tun, aber eben nicht für das, was es an Ausuferungen gibt.

Es ist mein täglicher Job – das wissen Sie auch –, mich genau darum zu kümmern, dass die gerade genannten Branchen bzw. Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen eine Perspektive haben. Das hat nichts damit zu tun, dass wir uns hier gegenseitig Vorwürfe machen, sondern es ist mein Appell: Rufen Sie Ihre Leute in Berlin an! Es geht – das wissen Sie – um das Thema „abschaltbare Lasten“. Wir warten seit ewigen Zeiten auf eine Verordnung, die das klar regelt, damit auch solche Unternehmen ihren Beitrag zur Netzstabilität bringen können. Das ist vor dem kommenden Winter existenziell wichtig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Rufen Sie Ihre Leute an! Wir haben seit wenigen Wochen eine Einigung auf der europäischen Ebene über die Kompensierung der zusätzlichen Kosten durch den Emissionshandel.

Darum ist lange gerungen worden. Alle wollten 100 %. Es sind nur 85 % geworden. Jetzt bedarf es einer Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben gestern die Zeitung aufgeschlagen, und was haben wir gelesen? Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium haben sich in den Haaren und bekommen keine Einigung hin. Die Entscheidung hier wenige Kilometer weiter in Neuss, dass die Produktion wieder hochgefahren worden ist, wurde in der klaren Erwartung getroffen, dass es auch auf der Bundesebene zu einer entsprechenden Regelung kommt. Es nutzt nichts, wenn es in Brüssel verabredet wurde, in Deutschland aber nicht umgesetzt wird.

Tun Sie etwas, damit die sich nicht noch lange herumstreiten, sondern damit hier für die nordrhein-westfälischen Unternehmen endlich das klare Signal kommt: Wir können weitermachen, wir können investieren, wir können an diesem Standort bleiben und müssen dieses Land mittelfristig nicht verlassen. Es ist Ihre Aufgabe, mit dafür zu sorgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen mir nicht vor. Gemäß der interfraktionellen Vereinbarung wird die **Abstimmung** über den **Einzelplan 14 zu einem späteren Zeitpunkt** erfolgen, sodass wir jetzt direkt in den Einzelplan 07 einsteigen können, den ich hiermit aufrufe.

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Es handelt sich dabei um drei Teilbereiche, nämlich „Familie, Kinder und Jugend“, „Kultur“ und „Sport“. Diese drei Teilbereiche werden separat debattiert.

Wir steigen ein in den

Teilbereich Familie, Kinder und Jugend

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Tenhumberg das Wort. Bitte schön.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zehn Monate rot-grüne vorläufige Haushaltsführung, zehn Monate keine gestaltende Politik in Nordrhein-Westfalen, zehn Monate ohne Fortschritt, keine Innovation, zehn Monate Stillstand und Rückschritt, zehn Monate verlorene Zeit für die Kinder und Jugendlichen in unserem Bundesland.

In vielen Bereichen ist Nordrhein-Westfalen in der Nation das Schlusslicht mit der Folge, dass unsere Kinder und Jugendlichen weniger Chancen und Möglichkeiten haben als die Kinder im Rest Deutschlands.

Zehn Monate Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen, das heißt verlorene Zeit für unsere Jugend. Rot-Grün, meine Damen und Herren, ist die Erfindung der Langsamkeit. Den Haushalt verfassungswidrig erst im November des laufenden Haushaltsjahres einzubringen, ist eine grobe Missachtung des Rechts dieses Parlamentes. Kann sich denn bei einer so langen Vorlaufzeit wenigstens das Ergebnis sehen lassen?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das Wahlergebnis, ja!)

Nein, Fehlanzeige auf der ganzen Linie.

Wie 2011 gibt es auch 2012 – das ist letztlich nur eine Kopie – Schuldenaufnahme zulasten der künftigen Generationen. Es gibt keinen erkennbaren Willen, die Zukunftschancen für unsere Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Im Gegenteil: Rot-Grün bürdet den Kindern Lasten auf, die die Zukunft düster aussehen lassen.

Neben den ungeklärten Fragen „Wer pflegt uns morgen?“, „Wie kann die Infrastruktur für die zukünftige Generation erhalten bleiben?“, „Wie sollen die jungen Leute aus welchem Einkommen selber vorsorgen?“ bürdet Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen den Kindern und Jugendlichen überproportional zusätzliche Lasten auf. Schulden, Schulden, Schulden. Die junge Generation hier in Nordrhein-Westfalen muss diese unverantwortliche rot-grüne Chaospolitik ausbaden. Dass es auch anders geht, haben wir bewiesen.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Auch andere Bundesländer beweisen das.

Ich weiß, dass insbesondere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen immer Probleme hat, Zahlen zu lesen. Schauen Sie sich aber die Zahlen von 2005 bis 2010 an, und Sie werden feststellen, dass wir haushalterisch für Kinder und Jugendliche in fünf